

Zweiter Kongress der Europäischen Gesellschaft für Gesetzgebung, 24. - 25. März 1995, Rom

Am 24./25. März haben in Rom der Zweite Kongress und die Generalversammlung der Europäischen Gesellschaft für Gesetzgebung stattgefunden.

Der Kongress war dem Thema "Nationale Gesetzgebungen im europäischen Rahmen" gewidmet, wobei die Problematik vor allem aus der Perspektive der italienischen Gesetzgebung angegangen wurde.

Im ersten Teil des Kongresses ging G. Amato auf das Verhältnis zwischen der italienischen Gesetzgebung und der Europäischen Union ein. In seinen grundlegenden Ausführungen erörterte er dabei auf einer sehr abstrakten, theoretischen Ebene Steuerungsmechanismen und -techniken, welche zur Sicherung der Konvergenz unterschiedlicher Politiken und Rechtsordnungen beitragen. Das anschließende Referat von A. Pizzorusso über Formen, Verfahren und Vollzug der Gesetze in Italien machte deutlich, wieweit das Spannungsverhältnis zwischen nationalem und europäischem Recht allgemeiner Natur ist und wieweit es mit den spezifischen Charakteristika der italienischen Gesetzgebungspraxis zu tun hat.

Im zweiten Teil standen die Mitwirkung der nationalen Parlamente im europäischen Gesetzgebungsverfahren (J.-L. Bergel), die Massnahmen der EU zur Sicherung der Durchsetzung des EU-Rechts (R. Wägenbauer) und die Einführung bzw. die Umsetzung von Richtlinien der EU in das Landesrecht im Vordergrund. Die Erfahrungen und die Praxis in bezug auf den letzten Aspekt wurden aus der Sicht eines Vertreters eines noch relativ jungen Mitglieds der EU, nämlich Portugal (M. Rebelo De Sousa) und aus der Sicht eines zum Rechtskreis des Common Law gehörenden Landes (T. St. J.N. Bates) dargestellt.

Der dritte Teil des Kongresses befasste sich mit der Verteilung der rechtsetzenden Kompetenzen bei der Umsetzung des EU-Rechts. Dies einerseits aus der Sicht der italienischen Regionen (T. Martines) und - mit Blick auf das Subsidiaritätsprinzip - in Bundesstaaten (J. Schwarze).

Im vierten Teil schliesslich wurden vor allem gesetzestechnische Fragen im Zusammenhang mit der Einführung oder Umsetzung von EU-Recht behandelt (E. Vozzi, R. Pagano).

Sowohl die grundsätzlichen Referate als auch die Beiträge zu rechtlich-institutionellen und gesetzestechnischen Fragen waren ausserordentlich interessant. Sie haben Probleme und Lösungsansätze deutlich gemacht, die in der Schweiz namentlich im Vorfeld des Entscheids über den EWR-Beitritt auch diskutiert worden waren, und deren Aktualität nach wie vor gegeben ist. Besonders erwähnt sei zum Abschluss die ausgezeichnete Organisation des - vielleicht thematisch etwas zu stark befrachteten - Kongresses durch die italienischen Parlamentsdienste (A. Palanza).

LUZIUS MADER, BERN

Leitfaden für die Ausarbeitung von Erlassen des Bundes

An dieser Stelle wurde bereits einmal auf den Stand der Arbeiten am *Leitfaden für die Ausarbeitung von Erlassen des Bundes (Gesetzgebungsleitfaden)* sowie auf dessen Aufbau und Inhalt hingewiesen¹. Mit dem vorliegenden Beitrag kann der Abschluss der Arbeiten gemeldet werden.

Der Gesetzgebungsleitfaden ist als legistisches Hilfsmittel gedacht. Er stellt eine Ergänzung der Gesetzestechnischen Richtlinien (GTR) dar, welche die bisherigen Richtlinien der Gesetzestechnik von 1976 ablösen werden. Im Gegensatz zu den Gesetzestechnischen Richtlinien, welche verbindlich sein werden, weist der Gesetzgebungsleitfaden einen anleitenden Charakter auf. Seine Konzeption ist auf die Erarbeitung bzw. Totalrevision eines neuen Gesetzes ausgerichtet, doch dürfte er auch für eine Teilrevision oder für die Verordnungsgebung von Nutzen sein.

Im November 1993 wurde das Ämterkonsultationsverfahren zum Entwurf des Gesetzgebungsleitfadens abgeschlossen. Der Leitfaden stiess innerhalb und ausserhalb der Bundesverwaltung auf ein grosses Interesse und wurde überwiegend positiv beurteilt. Dieses Echo hat das Bundesamt für Justiz bewogen, an der Konzeption des Gesetzgebungsleitfadens im wesentlichen festzuhalten. In den Bereichen Gesetzgebungsverfahren, Projektmanagement sowie Erlassgestaltung wurden die Ausführungen jedoch teilweise stark überarbeitet und ergänzt.

Der Gesetzgebungsleitfaden ist wie folgt gegliedert:

A Gesetzgebungsverfahren

1 Gesetzgebungsverfahren

B Gesetzgebungsmethodik

2 Projektmanagement bei Rechtsetzungsprojekten

¹ *Gesetzgebung heute* 1993/3, S. 105 - 111.

3 Problemlösungszyklus

4 Staatliches Handlungsinstrumentarium

C Rechtsetzung

5 Rechtsetzung und Erlassformen

D Rechtliche Rahmenbedingungen

6 Föderalistische Kompetenzverteilung

7 Verfassungsmässige Rechte und Verfassungsgrundsätze

8 Legalitätsprinzip und Delegation

9 Verwaltungsverfahren

10 Internationales Recht

E Erlassgestaltung

11 Grundsätze der Erlassgestaltung

12 Gestaltung spezieller Erlassinhalte

13 Erlassgliederung und Gesetzessprache

F Parlamentarisches Verfahren und Referendum

14 Parlamentarisches Verfahren und Referendum

G Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens

15 Publikation, Inkrafttreten und Ausserkrafttreten

16 Vollzug und Evaluation

Stichwortverzeichnis und Anhänge (Richtlinien, Weisungen, Formulare usw.).

Der Gesetzgebungsleitfaden ist in deutscher und französischer Sprache erhältlich und kann ab Mitte September 1995 bei der EDMZ, 3000 Bern, Fax 031 322 39 75, bestellt werden.

- Leitfaden für die Ausarbeitung von Erlassen (Gesetzgebungsleitfaden) Form.-Nr. 407.030d.

- Guide pour l'élaboration de la législation fédérale (Guide de législation) Form-no. 407.030f.

Der Bezugspreis für kantonale und kommunale Verwaltungen sowie für Private liegt bei etwa 50 Franken.

Es besteht die Absicht, den Gesetzgebungsleitfaden periodisch zu überarbeiten und den sich ändernden Rahmenbedingungen anzupassen. Das Bundesamt für Justiz, Abteilung Rechtsetzungsprojekte und -methodik, 3003 Bern, nimmt im Hinblick auf eine neue Auflage des Gesetzgebungsleitfadens gerne Anregungen für Verbesserungen entgegen.

All jenen, die bei der Erarbeitung des Gesetzgebungsleitfadens mitgewirkt haben, sei auch an dieser Stelle für die Mitarbeit herzlich gedankt.

HANS GEORG NUSSBAUM

Universitäres Ausbildungsangebot im Bereich der Gesetzgebungslehre und -methodik im Winterseme- ster 1995/96

Hochschule St. Gallen

Thema: Gesetzgebungslehre (Pflichtwahlfach)
Referent: Prof. R. Hotz
Beginn: Freitag, 27. Oktober 1995, 14.00 - 16.00 Uhr
Durchführung: jede Woche zwei Stunden
Kontakt: Juristische Abteilung, Abteilungssekretär (071/302
218)

Institut des Hautes Etudes en Administration Publique Lausanne (IDHEAP)

Thème: Droit et législation (formation post-graduée)
Professeur: L. Mader
Début: Mercredi, 18 octobre 1995, après-midi
Fréquence: chaque semaine, 14.00 - 15.30 h
Adresse de contact: IDHEAP, 1 (021/691 06 56)

Université de Genève

Thème: Méthodes législatives
Professeurs: Ch.-A. Morand, J.-D. Delley
Début: Lundi, 16 octobre, 10.00 - 12.00 h
Fréquence: toutes les deux semaines
Adresse de contact: Dr Delley (022/705 85 34)
Secrétariat (022/705 85 23)

Université de Lausanne

Pas de cours spéciaux; le thème "Méthodes et techniques législatives" est abordé dans le cadre de certains cours, notamment:

Introduction au droit: Mme S. Sandoz, professeur

Criminologie (Sociologie du droit): M. Kiliass, professeur

Adresse de contact: Décanat de la Faculté de droit (021/6924061)

Veranstaltungskalender - Calendrier - Calendario - Chalender

1. Murtener Gesetzgebungsseminare

Die Seminare sollen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch Referate, Erfahrungsaustausch und Gruppenarbeiten Kenntnisse vermitteln über praktische Methoden für die Erarbeitung von Gesetzen, über die sprachlich einfache und adressatengerechte Formulierung von Erlassen und über den Aufbau und die Systematik von Erlassen.

Seminarleitung:

*Prof. Dr. Thomas Fleiner-Gerster, Institut für Föderalismus, Freiburg
(037 / 29 81 28 Fax 037 / 29 97 24)*

*Dr. h.c. Werner Hauck, Schweizerische Bundeskanzlei, Bern
(031 / 3242 11 08 Fax 031 / 324 11 02)*

Seminar I

Thema: Allgemeine Fragen der Gesetzesredaktion
Datum: Mittwoch, 8. November - Freitag, 10. November 1995
Mittwoch, 20. März - Freitag, 22. März 1996
Ort: Murten, Hotel "Weisses Kreuz"
Referate: Lidija Basta
Verfassungs- und gesetzgebende Gewalt
Thomas Fleiner
Wie schreibt man einfache Gesetze?
Normtypen und Gesetzmässigkeit der Gesetzessprache
Gesetzgebung im Jahr 2001
Peter Gauch
"Vertrag als Gesetz der Parteien": Bemerkungen zu Doktrin und Praxis
Werner Hauck
Einfache Gesetzessprache. Nicht nur ein Sprachproblem

Seminar II

- Thema: Delegationsnormen und Übergangsrecht
Datum: Mittwoch, 6. November - Freitag, 8. November 1996
Ort: Murten, Hotel "Weisses Kreuz"
Referate: Astrid Epiney
Europarecht und die Gesetzgebung von Bund und Kantonen
Thomas Fleiner
Die Formulierung der Delegationsnorm
Die Formulierung von Übergangsbestimmungen
Peter Hänni
Das Verhältnis von Gesetz und Verordnung im Lichte der Praxis des Bundesgerichts
Werner Hauck
Was kann die sprachliche Prüfung von Erlassen leisten?
Georg Müller
Die Führungsaufgabe des Juristen bei der Gesetzgebungsarbeit

Seminar IV

- Thema: Konzeption und Gliederung von Erlassen
Datum: Mittwoch, 6. März - Freitag, 8. März 1996
Ort: Murten, Hotel "Weisses Kreuz"
Referat: Georg Müller
Methoden der Konzeption und Kriterien für den Aufbau von Erlassen
Gruppenarbeiten: *Die für die Konzeption und Gliederung einer Teilrevision eines Verwaltungsrechtspflegegesetzes massgebenden Gesichtspunkte*
Einführung: Georg Müller
Die für die Konzeption und Gliederung von Erlassen massgebenden Gesichtspunkte im Subventionsrecht
Einführung: Paul Richli
Die für die Konzeption und Gliederung von Erlassen massgebenden Gesichtspunkte im Raumplanungs- und Baurecht
Einführung: Alexander Ruch

2. Séminaires de méthode législative

Ces séminaires ont pour but de familiariser les participantes et participants avec la démarche méthodique en matière d'élaboration d'actes législatifs. Ils les amènent à s'interroger sur leur propre pratique et leur offrent la possibilité d'appliquer les méthodes et techniques proposées dans le cadre d'exercices pratiques. Les séminaires ne s'adressent pas seulement aux juristes. Ils sont ouverts à toutes les personnes qui s'intéressent aux problèmes posés par la préparation d'actes législatifs.

Direction des séminaires:

Jean-Daniel Delley, Centre d'étude, de technique et d'évaluation législatives, Faculté de droit, Université de Genève, Bd Carl-Vogt 102, 1211 Genève 4, tél. 022/705 85 34.

Renseignements et inscriptions:

Madame D. Ntarataze, Département de droit constitutionnel, Faculté de droit, UNI MAIL, Bd Carl-Vogt 102, 1211 Genève 4, tél. 022 / 705 85 20/23, fax 022 / 705 85 36

Session introductive

Aura lieu du 1er au 3 novembre 1995, à Montreux.

Cette session est destinée à donner une introduction à la démarche méthodique en matière d'élaboration d'actes législatifs. Comment procéder pour analyser et définir le problème à résoudre, pour déterminer les objectifs de l'action législative et pour choisir les instruments adéquats?

Session avancée sur la décision et la législation assistées par ordinateur

Aura lieu du 1er au 3 mai 1996, à Montreux.

Cette session sera dirigée par Madame Danièle Bourcier, directrice du laboratoire informatique Droit Linguistique (IDL), de Paris, et autrice de

l'ouvrage "La décision artificielle - le droit, la machine et l'humain", PUF, Paris, 1995. Elle s'adresse à des personnes ayant de responsabilités et de l'expérience au matière d'utilisation de moyens informatiques dans le cadre de la création et de l'application d'actes législatifs.

3. Abschlusstagung des Nationalen Forschungsprogramms "Wirksamkeit staatlicher Massnahmen" (NFP 27) - provisorisches Programm

Thema: Evaluation als Mittel des Dialogs zwischen Politik und Wissenschaft

Datum: Freitag, 16. Februar 1996

Ort: Bern

Referenten: Bundesrat Arnold Koller

Wirkungsorientierte Verwaltung: Vom Wunschbild zur Realität

Prof. Ulrich Klöti, Universität Zürich

Evaluation unter der Lupe: Ergebnisse einer Metaevaluation

Dr. Werner Bussmann, Programmleiter NFP 27

Evaluationen und staatliches Lernen

Luzius Mader, Vizedirektor des Bundesamtes für Justiz
Gesetzgebung auf brüchigem Eis oder sicherer Grundlage?

Prof. Eric Monnier, Universitäten Genf und Lyon

Der Beitrag von Evaluationen zu einer wirksameren Politik der Europäischen Union

Prof. Ernst Buschor, Erziehungsdirektor des Kt. Zürich
Für Reformen des staatlichen Handelns

Personen, welche den definitiven Tagungsprospekt erhalten möchten und noch nicht in der Adressliste des NFP 27 figurieren, senden bitte eine Postkarte mit dem Vermerk "Abschlusstagung" an : Programmleitung NFP 27, c/o Postamt, 3003 Bern 3 Bundeshaus (Fax 031/ 322 47 98).

4. Wissenschaftliche Tagung 1996

Die Wissenschaftliche Tagung 1996 wird dem Thema Recht und Informatik, Rechtsinformatik und Informatikrecht gewidmet sein. Das Hauptaugenmerk gilt dabei der Benutzung juristischer Datenbanken und anderer elektronischer Hilfsmittel im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Redaktion von Erlassen sowie bei der Rechtsanwendung.

Datum: 10. Mai 1996
Ort: noch unbestimmt

Eine ausführlichere Ankündigung finden Sie in Leges 1995/3.